

Wasteland United!

Spätestens nach dem Aufstieg von Pegida Ende 2014 und den pogromartigen Ausschreitungen von Freital und Heidenau letztes Jahr wurde auch dem letzten Menschen klar, wo das dunkle Deutschland zu verorten ist: in den Tiefen der ostdeutschen und vor allem sächsischen Provinz und ihrem Zentrum Dresden. Als Gruppe, die genau da seit fast fünf Jahren antifaschistische und linksradikale Politik betreibt, versuchen wir hier einige Aspekte dieser Arbeit darzustellen und zu erklären, warum wir¹ immer noch nicht weggezogen sind.

Noch vor 25 Jahren wurde Dunkeldeutschland synonym für fehlende Straßenbeleuchtung in Ostdeutschland oder eine allgemeine Rückständigkeit ehemaliger DDR-Bürger*innen verwendet. Schon damals diente letzteres vor allem zur Reinwaschung des eigenen regressiven Weltbildes. Heute dient es zur Verklärung eines hellen antirassistischen Deutschlands, was nicht nur angesichts der derzeitigen Abschottungspolitik eine Farce ist, sondern auch bei der Betrachtung aktueller Statistiken über rassistische Gewalt, maximale Zweifel aufkommen lässt. Die Situation in Sachsen ist mit ihren spezifischen Eigenheiten Ausdruck eines europaweiten rechten Roll-Back. Über diese spezifischen Eigenheiten, oftmals betitelt als sächsische Verhältnisse, wurde bereits viel geschrieben, weshalb wir uns in diesem Text eher auf hausgemachte Probleme und Perspektiven, die sich für uns hier ergeben, konzentrieren wollen.

Alles Drecksnester?

Vielen von uns stellte sich in letzter Zeit die Frage, was die letzte Demonstration, zu der als Reaktion auf eine rechte Mobilisierung aufgerufen wurde, in Stadt XY nachhaltig gebracht hat. Weder konnten wir großartig Menschen vor Ort erreichen, noch konnten wir langfristig Kontakt zu Geflüchteten, gegen die sich die rechte Mobilisierungen fast ausschließlich richteten, herstellen. In der (lokalen) Presse wurde das Geschehen meist extremismustheoretisch

gedeutet. Bestenfalls konnten wir etwas dem Verteidigen des guten Rufes durch lokale Politik und anderen entgegensetzen. Dieser Umstand liegt auch in unserem eigenen Auftreten begründet: Latschdemos im Black-Block-Style bei gleichzeitigen „Scheiß Drecksnest“-Rufen schrecken auch die letzten Menschen, die unserem Anliegen aufgeschlossen gegenüber gestanden hätten, ab, so nachvollziehbar dieses Verhalten in manchen Situationen auch war. Die Erklärung der Unversöhnlichkeit gegenüber einer Stadt, wird von den Bewohner*innen dieser Stadt mehrheitlich als Unversöhnlichkeit gegenüber sich selbst verstanden. Dass wir uns damit jegliche Chance zur Vermittlung linksradikaler Ideen nehmen, darf nicht verwundern. Letztendlich müssen wir uns fragen, was wir unter solchen Bedingungen an Widersprüchen aushalten können. Klar ist, dass diejenigen, die alle Menschen außerhalb ihrer Szenekieze als mindestens rechtsradikal erklären bzw. in solchen Situationen nur zu Polemik fähig sind, gern in ihrem Schlaraffenland bleiben können. Klar ist aber auch, dass jegliche Zusammenarbeit mit jenen, denen es um den Ruf der eigenen Stadt geht, ausgeschlossen ist. Hierbei soll es nicht darum gehen, die eigenen Standpunkte zum Zwecke der Massenwirksamkeit zu verwässern, sondern zu überlegen, wie wir diese gesellschaftlich wahrnehmbar machen.

Und nu?

Spätestens seit Ende 2014 stellte sich uns die Frage, ob wir auf jede Form rechter Mobilisierung reagieren, angesichts dessen, dass diese nun nahezu täglich stattfanden, nicht mehr. Trotzdem versuchen wir überall dorthin zu mobilisieren, wo ein Ausbruch in Gewalt des rechten Mobs absehbar oder schon geschehen ist, bzw. dorthin, wo wir lokal Menschen unterstützen können. Genau diese Menschen gibt es auch in der sächsischen Provinz, teilweise in organisierten Gruppen, teilweise auch unorganisiert. Wichtiger Bestandteil unserer Politik ist es deshalb, sich mit diesen zu vernetzen und sie im Aufbau von Strukturen zu unterstützen, um auch abseits von Großstädten linksradikale Politik wahrnehmbar zu machen. Anknüpfungspunkt ist dabei gerade bei jüngeren Menschen oft das gemeinsame Label „Antifa“. Anfangs wird darunter oft „Anti-Nazi“-Arbeit verstanden, die auch angesichts der eigenen Erfahrungen mit der sächsischen Provinz als notwendig erachtet wird. In diesem Szenario können und müssen wir so gut es geht unterstützen und haben dabei die Chance ein radikalisierender Faktor zu sein. Obwohl es dieser Betrachtung eventuell entgegensteht, war es dennoch richtig auf Szenarien wie Heidenau oder Freital auf eine Art und Weise zu reagieren, die den rassistischen Mob in seinen Handlungsmöglichkeiten so weit wie machbar einschränkt, und alle schützt, die sich im Fadenkreuz von diesem befinden. Im Alltag betrifft das meist Menschen, die als nicht-deutsch wahrgenommen werden. Es ist wichtig sich nicht nur in diesen Situationen gemeinsam mit diesen Menschen zu organisieren, nicht nur gegen rassistische Übergriffe, sondern auch gegen eine rassistische Asylpolitik und für globale Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Die gemeinsame politische Organisation nach dem Mord an Khaled Idris Bahray oder das Camp auf dem Theaterplatz können Blaupausen für solch einen Kampf sein.

Wir erleben gerade in Städten wie Leipzig, Chemnitz oder Dresden eine Politisierung, hier wieder besonders von jungen Menschen, durch die Gegenproteste zu Pegida und anderen Hässlichkeiten, die mit den Jahren zuvor nicht vergleichbar ist. Dass es oftmals antifaschis-

tische Gruppen sind, die diesen Protest organisieren oder sich zumindest an ihm beteiligen, macht das Label Antifa sympathisch. Das durchbricht das ansonsten weit verbreitete von extremismustheoretischen Ansätzen beeinflusste Denken, welches viele Menschen für uns unerreichbar macht. Dieses Potential an Anschlussfähigkeit für linksradikale Politik ist so hoch wie lang nicht mehr. In dieser Situation müssen wir für genau diese Menschen ansprechbar werden und Angebote schaffen. Dies kann zum Beispiel durch Unterstützung oder Aufbau von Jugendgruppen passieren, deren Zahl in Dresden gestiegen ist. Auch der antifaschistische Jugendkongress in Chemnitz im April 2016 hat gezeigt, dass die Zahl derer, die sich gegen den sächsischen Status Quo organisieren wollen, höher ist als wir denken.

„Kennst du die, mit den schwarzen Jacken da...?“

Viele von uns investieren massiv Zeit, um auf Demos im gesamten Bundesgebiet zu fahren. Im Verhältnis zur Anzahl organisierter Menschen ist die radikale Linke einigermaßen gut vernetzt, ob bundes- oder europaweit. Uns macht es Spaß weit zu fahren, in kritischer Solidarität über Feinheiten von fernen Utopien zu diskutieren und uns über verschiedene Ansätze linksradikaler Politik auszutauschen. Daran ist natürlich auch nichts auszusetzen. Gerade für Menschen aus Dresden ist es wichtig hin und wieder aus dieser Stadt raus zukommen und sicherlich gibt es in anderen Ländern Perspektiven, von denen wir nur lernen können. Ein grundlegendes Problem sehen wir hier exemplarisch dennoch. Uns fällt es leicht mit Genoss*innen, mit denen wir auf einer Wellenlänge sind, über unsere Vorstellungen einer befreiten Gesellschaft, über verschiedene Facetten unserer Politik oder auch nur über dies und das zu reden. Mit unseren Nachbar*innen, die sich nicht explizit als politisch verstehen oder vielleicht auch einfach nicht Teil einer linken Szene sind, schaffen wir genau das viel zu oft nicht. Meistens kennen wir die Studis aus der WG gegenüber oder die Großfamilie eine Straße weiter nicht einmal. Die Hauptursache darin sehen wir darin bei uns selbst. Die radikale Linke fühlt sich viel zu wohl in ihrer moralischen Überlegenheit innerhalb der selbst geschaffenen Nische, sieht sich viel lieber außerhalb der Gesellschaft, die sie kritisieren will. Von der Außenlinie zuschauen und pöbeln ist am Ende scheinbar doch viel gemütlicher und steht günstigerweise der eigenen akademischen oder Parteikarriere auch nicht im Weg. Dass auch wir Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse sind, vergessen wir lieber. Diese Abgeschiedenheit bringt uns weder auf Dauer noch kurzfristig weiter. Was außer Selbstbestätigung nützt uns die radikalste Kritik, wenn diese einerseits nicht außerhalb von Kongressen, Demos oder unseren anderen Elfenbeintürmen stattfindet, und andererseits eine sich daraus entwickelnde Praxis schon fast kategorisch ausgeschlossen wird. Eine Möglichkeit aus diesem Sumpf auszubrechen ist die aktive Arbeit und Vernetzung im eigenen Stadtteil. Indem wir niedrigschwellige Angebote schaffen, wie Kulturprogramme, Straßenfeste oder einfach gemeinsames Rumhängen im Kiez, können wir weit verbreitete von extremismustheoretischen Ansätzen durchdrungene Denkweisen aber auch verschiedene Klischeebilder brechen. Notwendige Voraussetzung dafür ist die Schaffung von Räumen, in denen Menschen zusammen kommen können. Dies können beispielsweise Stadteilläden sein, aber auch Aneignung von öffentlichem Raum. Ein weiterer Ansatz ist die Schaffung von Sozialen Zentren für alle, in denen Wohnraumpolitik mit der Organisation von und mit Menschen ohne Papiere verbunden werden kann. In Alltagsgesprächen oder auch

Beratungsangeboten können wir Probleme, wie Stress mit der*dem Vermieter*in, Hartz IV oder vieles andere, kollektiv angehen und so Ideen von einer völlig anderen Organisierung von Gesellschaft praktisch erlebbar machen. Hier können wir unsere radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen platzieren. Dies alles führt weiterhin zu Normalisierungsprozessen von linksradikaler Politik im Kiez. Ein nächster Schritt könnte darin liegen, den Kiez zu organisieren. Konzepte wie beispielsweise das des libertären Kommunalismus bieten Ansätze in Stadtteilversammlungen, als ein Ort, an dem politische Entscheidungen in Aushandlungsprozessen getroffen werden, die Ebene der Symbolpolitik zu verlassen und Alternativen zu Staat, Nation und Kapital sichtbar zu machen.

Wir haben versucht zu zeigen, dass es auch in Dresden und Umgebung Perspektiven für eine antifaschistische Linke geben kann. Wir haben versucht aufzuzeigen, warum wir aus unserem Szenesumpf herauskommen müssen, und wie das passieren kann. Wir wollen damit auch Diskussionsprozesse in Gang setzen. Denn einfach nur weitermachen wie bisher kann für uns ganz offensichtlich keine Option sein. Bleibt noch zu sagen: Die Zeiten sind beschissen, lasst uns alles dafür tun, dass es nicht so bleibt!

Undogmatische Radikale Antifa

[1] Wenn hier von „Wir“ gesprochen wird, sind wir als Gruppe gemeint, beziehungsweise die radikale Linke, in welcher wir uns politisch verorten.